Niedersachsen

NSGB übt Kritik an D115

[08.01.2010] Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund (NSGB) hat das Projekt D115 zur Einführung der bundesweit einheitlichen Behördenrufnummer kritisiert. Der Spitzenverband bemängelt insbesondere die finanzielle Belastung für Kommunen.

Kritik am Projekt D115 zur Einführung der einheitlichen Behördenrufnummer hat der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund (NSGB) geäußert. Thorsten Bullerdiek, Beigeordneter und Pressesprecher des kommunalen Spitzenverbandes: „Gerade in den Städten und Gemeinden ist der Bürger keine Nummer, sondern wird gern und gut telefonisch, per E-Mail oder persönlich bedient. Brauchen die Bürger in den Kommunen D115 überhaupt? Oder suchen eher bürgerferne Dienststellen von Bund und Ländern und eventuell einzelne Großstädte weitere Verwaltungseinheiten, die D115 dauerhaft mitfinanzieren?“ Die Finanzierung der Kosten für die D115-Netzinfrastruktur soll über einen Aufschlag pro Gesprächsminute auf die marktgängigen Preise in den Teilnehmernetzen erfolgen. Für den Pilotbetrieb beträgt der Aufschlag drei Cent pro Gesprächsminute. Dass diese Beträge nicht ausreichen, die bei den Bürgern geweckten Erwartungen zu erfüllen, ist nach Angaben des NSGB absehbar. Damit es für den Bürger auf den ersten Blick nicht zu teuer werde, biete es sich an, die teilnehmenden Kommunen über Umlagebeiträge zur Kasse zu bitten. So zahle der Bürger allerdings doppelt. Abgesehen von der Finanzierung kritisiert der NSGB auch, dass viele Fragen offen bleiben, beispielsweise ob der Service für die Bürger besser werde oder wer für falsche Auskünfte hafte.

(rt)

Stichwörter: 115, D115, Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund (NSGB), Thorsten Bullerdiek